Johannes Urbisch

Die Alt-Katholiken und der preußische Staat um 1870

1. Vorbemerkungen

Die Alt-Katholiken verstehen sich nicht als eine Neugründung des 19. Jahrhunderts, sondern als die Kontinuität des „dezentralistischen“ Katholizismus, wie er sich etwa in der Kirche der ersten Jahrhunderte präsentiert hat und später in solchen Strömungen wie Konziliarismus, Gallikanismus, Anglikanismus oder Josephinismus seinen Ausdruck fand. In diesem Sinn ist das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland eine katholische Ortskirche (*ecclesia localis*) im altkirchlichen Sinn. Der direkte Anlass eine eigene kirchliche Struktur – ein Bistum – zu bilden, war die Verkündigung der beiden Papstdogmen auf dem Ersten Vatikanischen Konzil 1870 und die Exkommunikation aller, die diese Dogmen abgelehnt haben.

2. Das I. Vatikanische Konzil

2.1 Die Einberufung

Das Erste Vatikanische Konzil wurde von Papst Pius IX. auf den 8. Dezember 1869 einberufen. Diesem Ereignis gingen bedeutende politische Umbrüche auf der italienischen Halbinsel voraus: Einige Jahre davor, 1861, proklamierte Viktor Emmanuel von Sardinien das Königreich Italien, dem 1870 auch der seit 1849 von Frankreich militärisch gestützte Kirchenstaat eingegliedert wurde. Rom wurde zur Hauptstadt Italiens. Der Kirchenstaat schrumpfte auf den Vatikan zusammen und damit auch die Macht des Papstes als weltlicher Souverän.

Im Einladungsschreiben des Papstes zum Konzil wurde nicht gesagt mit welchen Themen sich das Konzil befassen sollte. Schon das verstieß gegen die Geschäftsordnung des Konzils. Erst allmählich wurde bekannt, dass zum Hauptthema der „Beratungen“ des Konzils die mittelalterliche Lehre über das Papsttum – die Unfehlbarkeit und den Universalprimat – vorgesehen war.¹

Schon einige Jahre davor wurde das Thema von bestimmten Kreisen, die den durch die politischen Ereignisse geschwächten Papst stärken

¹ Küry, Urs: Die Alt-Katholische Kirche, Frankfurt 1982, S. 50.

wollten, neu belebt und durch die Presse verbreitet. Auch der Papst selbst hatte durch zwei aufsehenerregende Akte zu verstehen gegeben, dass er die Unfehlbarkeit und den Universalprimat für sich reklamiert.

In einer praktischen Vorwegnahme der beiden Dogmen erhob er 1854 im Alleingang die Lehre von der unbefleckten Empfängnis Mariens zum Dogma und erließ 1864 den „Syllabus“ – eine feierliche Erklärung, in der er die „Irrtümer“ der Neuzeit, zu denen u.a. auch die Glaubens-, Gewissens- und Pressefreiheit und die Demokratie als Staatsform gehörten, verurteilte.

2.2 Der Konzilsverlauf

Zum Konzil wurden 1084 Bischöfe eingeladen; die Höchstzahl der anwesenden Bischöfe betrug 778; Bei der Abstimmung über die Tagesordnung unterstützten 380 von ihnen die Forderung nach der Beratung der beiden umstrittenen Themen, 136 waren dagegen.

Trotz dieses Widerstandes einer starken Minorität, die sich vor allem aus Bischöfen aus Deutschland, Österreich-Ungarn und Frankreich zusammensetzte, wurde die Generaldebatte über den Universalepiskopat und die Lehrunfehlbarkeit des Papstes eröffnet.

Auch in der Debatte selbst trugen die Minoritätsbischöfe theologische und historische Argumente gegen die Dogmatisierung der mittelalterlichen Lehre über das Papsttum vor: „Die beiden Sätze widersprechen der geschichtlichen Wahrheit (Hefe), sie verändern die göttliche Ordnung der Kirche (Ketteler), sie heben die Freiheit der Bischöfe auf (Darboy), sie verstoßen gegen die Glaubensregel (Strossmayer aus dem damals österreichischen Laibach).“²

Als Reaktion auf diesen Widerstand wurde die Unfehlbarkeitsvorlage nicht etwa zurückgezogen oder mindestens abgemildert, sondern im Gegenteil noch verschärft: Der Papst ist unfehlbar „aus sich selbst, nicht auf Grund der Zustimmung der Kirche“ – lautete nun die Vorlage. 55 Minoritätsbischöfe verließen daraufhin das Konzil noch vor der Schlussabstimmung, um *nicht gegen den Papsi oder gegen das eigene Gewissen* abstimmen zu müssen.

Am 18. Juli 1870 verkündete dennoch Papst Plus IX. in der Konstitution „Pastor aeternus“ die neuen Glaubenssätze „mit Zustimmung des Konzils“ als „göttlich geoffenbarte Glaubenswahrheiten“, die nun von allen Gläubigen als für das ewige Heil notwendig anzunehmen sind.³

² Ebd., S. 52.

³ Ebd., S. 53.

Die meisten der Minoritätsbischöfe unterwarfen sich dem Papst sofort. Neun in Fulda versammelte deutsche Bischöfe veröffentlichten daraufhin am 31. August 1870 einen gemeinsamen Hirtenbrief, in dem sie mitteilten, dass die Entscheidung des Konzils „als göttlich geoffenbarte Wahrheit von allen Bischöfen, Priestern und Gläubigen anzunehmen sei“. Acht weitere Bischöfe haben den Hirtenbrief später unterschrieben; die restlichen sieben haben den Hirtenbrief zwar nicht unterschrieben, die neue Lehre jedoch stillschweigend akzeptiert. Der schon oben zitierte Bischof Hefele kommentierte das Umschwenken der Bischöfe mit dem Satz: „Der deutsche Episkopat hat gleichsam über Nacht seine Überzeugung geändert.“⁴

2.3 Der alt-katholische Widerstand

Am Tag nach der Verkündigung der beiden Dogmen durch den Papst brach der deutschfranzösische Krieg aus, der nun die Aufmerksamkeit auf sich zog und somit zur Schwächung des Widerstandes gegen die neuen Glaubenssätze beitrug. Urs Küry, ein Professor der Alt-Katholischen Fakultät auf der Universität Bern und spätere Bischof der Christkatholischen (alt-katholischen) Kirche der Schweiz, schreibt darüber: „Nur ein kleiner Kreis von gelehrten und frommen Männern, denen sich eine ansehnliche Schar von Geistlichen und Laien anschloss, hielt den Widerstand aufrecht. Unter ihnen ragten hervor die Professoren Ignaz von Döllinger und Johannes Friedrich in München, Johannes Langen und Friedrich Reusch in Bonn, Joseph Hubertus Reinkens und Theodor Weber in Breslau, Friedrich von Schulte in Prag und Eduard Herzog in Luzern. ... Sie waren keine Neuerer und Aufrührer, sondern schlichte Wahrheitszeugen, die um ihres Gewissens willen die neuen Lehren nicht annehmen konnten.“ F. Reusch erklärte:

„Das katholische Gewissen verbietet uns die Annahme der beiden Lehren, weil sie der hl. Schrift und der Tradition der alten Kirche widersprechen, an die wir als katholische Priester und Theologen gebunden sind.“⁵

In der weiteren Entwicklung des Widerstandes gegen die neuen Dogmen folgten mehrere Erklärungen der Konzilsgegner (Königswinter, 14. Aug. 1870; Nürnberg, 26. Aug. 1870; München, Pfingsten 1871), in denen die jeweils versammelten Geistlichen und Laien ihren Willen bekundeten, am überlieferten katholischen Glauben festzuhalten.

⁴ Ebd.

⁵ Küry, Urs: Kirchengeschichte für den christkatholischen Unterricht, Allschwil 1968, S. 45.

Auch nachdem sie exkommuniziert wurden, bekräftigten sie, „dass sie Katholiken bleiben wollen, die über sie verhängten Gewaltmaßregeln als unberechtigt zurückweisen und die katholischen Sakramente weiterhin spenden und empfangen werden.“⁶

Die (Alt-)Katholiken-Kongresse von München (1871), Köln (1872) und Konstanz (1873) befassten sich nun mit den Fragen des weiteren Vorgehens. Zu den Kongressen wurden auch Vertreter der orthodoxen, anglikanischen und evangelischen Kirchen eingeladen. Sie nahmen als Beobachter an den Beratungen teil.

Auf dem Kongress in München beschloss man das Festhalten an der Verfassung und dem Glauben der alten Kirche, erstrebte aber zugleich eine Reform der Kirche, die „im Geiste der alten Kirche die heutigen Gebrechen und Mißbräuche“ beseitigen sollte. Man gab auch der Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit der Orthodoxie und allen anderen Kirchen Ausdruck.⁷ Desweiteren wurde in München beschlossen: „An allen Orten, wo sich das Bedürfnis einstellt und die Personen vorhanden sind, ist eine regelmäßige Seelsorge herzustellen.“ und „...; wir sind berechtigt, sobald der richtige Moment gekommen ist, zu sorgen, dass eine regelmäßige bischöfliche Jurisdiktion hergestellt werde.“⁸

Auf dem Kongress in Köln wurden die ersten Maßnahmen zur Organisation der alt-katholischen Seelsorge getroffen. In der Kontinuität zu München wurde zunächst die Frage der Organisation einer geregelten Seelsorge beraten und anschließend einstimmig angenommen. Beseitigt wurden auch die ärgsten Missstände in der Seelsorge. Man schaffte ab: die Stolgebühren und Messstipendien, die Auswüchse des Ablasswesens und der Heiligenverehrung u.a. Es wurden mehrere Kommissionen gebildet: Eine zur Vorbereitung der Bischofswahl; eine weitere sollte die Gemeindebildung vorbereiten; eine andere befasste sich mit dem staatskirchenrechtlichen Status der Alt-Katholiken; noch eine andere hatte die Klärung des Verhältnisses zu anderen Konfessionen zum Ziel.⁹

Auf dem Kongress in Konstanz beschloss man die Synodal- und Gemeindeordnung. „Durch diese Ordnung sollte die bischöflich-synodale Verfassung der alten Kirche in neuzeitlich-parlamentarischer Form erneu-

⁶ Ebd., S. 49.

⁷ Vgl. Krahl, Wolfgang: Ökumenischer Katholizismus, Bonn 1970.

⁸ Schulte, Johann Friedrich von: Der Altkatholizismus, Aalen 1965 (Gießen 1887), S. 345.

⁹ Küry, Urs: Die Alt-Katholische Kirche, S. 68 f.

ert werden.“ – so Urs Kury in seiner „Kurzen Geschichte für den christ-katholischen Unterricht“.¹⁰

Von großer Wichtigkeit war auch die Tatsache, dass in der katholisch-theologischen Fakultät der Bonner Universität zunächst zwei, ab 1874 drei Professoren dozierten, die sich der alt-katholischen Bewegung angeschlossen hatten. Bis 1900 wurde an der Katholisch-Theologischen Fakultät in Bonn alt-katholische Theologie gelehrt. Damit war auch die Ausbildung eigener Priesteranwärter möglich. Daraus entwickelte sich seit 1902 das Alt-Katholische Seminar an der Bonner Universität, eine Stätte zur wissenschaftlichen Erforschung und Entwicklung des alt-katholischen Gedankengutes und der Ort an dem alt-katholische Priester ihre Ausbildung auch heute noch absolvieren.

2.4 Die Errichtung der eigenen Seelsorge

In der Ausführung der Beschlüsse des Kölner Kongresses wurde am 4. Juni 1873 in Köln durch eine Abgeordnetenversammlung von 21 Priestern und 56 Laien Dr. Joseph Hubert Reinkens, Professor der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Breslau, zum Bischof gewählt. Die Bischofsweihe empfing Reinkens am 11. August des gleichen Jahres in Rotterdam aus der Hand eines Bischofs der Katholischen Kirche der Niederlande.

Diese katholische Ortskirche wird seit Anfang des 18. Jh. – im Zuge der Auseinandersetzungen um den sogenannten Jansenismus – von Rom als schismatisch betrachtet. Heute ist der Erzbischof von Utrecht der Ehrenvorsitzende der Internationalen Bischofskonferenz der Utrechter Union, eines Zusammenschlusses aller alt-katholischer Kirchen.

Bischof Reinkens¹¹ wurde am 7. Oktober 1873 im Sitzungssaal des Preußischen Kultusministeriums in Berlin vereidigt. Nach der Bischofswahl wurde auch die erste Synodalrepräsentanz gewählt. Einen Tag davor hatte die Versammlung die provisorischen Bestimmungen über die kirchlichen Verhältnisse der Alt-Katholiken des Deutschen Reiches einstimmig angenommen.

Die erste Synode der Alt-Katholiken des Deutschen Reiches trat am 27. Mai 1874 in Bonn zusammen. Sie beschloss die in Konstanz angenommene Synodal- und Gemeindeordnung und erhob sie damit zum kirchlichen Gesetz. Die Bildung der alt-katholischen Kirche in Deutsch-

¹⁰ Kury, Urs: Kirchengeschichte, S. 51.

¹¹ Vgl. Reinkens, Joseph Martin: Joseph Hubert Reinkens, Ein Lebensbild. Gotha 1906.

land oder richtiger gesagt – des Katholischen Bistums der Alt-Katholiken in Deutschland – war kirchenrechtlich vollzogen.

Der Name Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland ist insofern von Bedeutung, als er zum Ausdruck bringt, dass sich die Alt-Katholiken nach wie vor als ein Teil der Katholischen Kirche verstanden haben und auch heute noch verstehen. Es war also nicht die Absicht der Gründerväter unseres Bistums eine neue Kirche zu bilden, sondern zuerst einmal und vor allem eine dauerhafte Seelsorge für diejenigen Katholiken zu gewährleisten, die die Papstdogmen des I. Vatikanums ablehnten. Dieses Verständnis bekam auch eine juristische Dimension insofern, als es als eine Art Präambel in die Synodal- und Gemeindeordnung also in die Verfassung des neu gegründeten Bistums aufgenommen wurde. Dort heißt es:

§. 1: Wir halten fest an dem alten katholischen Glauben, wie er in der Heiligen Schrift, in den ökumenischen Glaubensbekenntnissen und in den allgemein anerkannten dogmatischen Entscheidungen der ökumenischen Konzilien der ungeteilten Kirche des ersten Jahrtausends ausgesprochen ist. Wir bekennen uns zu der Einen, Heiligen, Katholischen und Apostolischen Kirche. Die Kirche hat ihren Grund in Jesus Christus und seinem Werk der Versöhnung. Wir streben die konziliare Gemeinschaft der historisch gewordenen Kirchen in ihrer Vielfalt an. Wir sind eine autonome Ortskirche im altkirchlichen Sinn (ecclesia localis) die sich selbständig Ordnungen und Satzungen gibt. Wir halten fest an der alten bischöflich-synodalen Verfassung der Kirche. Danach leitet der Bischof unmittelbar und selbständig die Ortskirche unter Mitwirkung und Mitentscheidung der Gemeinschaft der Ordinierten und des ganzen Gottesvolkes.

Und der §. 2. fügt hinzu:

Wir können die vatikanischen Lehrsätze vom universalen Rechtsprimat des Papstes und seiner Lehrunfehlbarkeit, wie sie 7870 verkündet wurden, nicht anerkennen, da sie zum Geist der heiligen Schrift sowie zu Glaube und Leben der alten Kirche im Widerspruch stehen. Solange die Anerkennung dieser Lehrsätze in der römisch-katholischen Kirche eingefordert wird, ist darum eine eigene kirchliche Grundordnung geboten. Als vollberechtigte Glieder der katholischen Kirche halten wir an unserem Anspruch auf alle den Katholiken zustehenden Rechte fest, insbesondere auf die dem katholischen Gottesdienst gewidmeten Kirchen, auf die katholischen Pfründen und Stiftungen und auf die für katholische Kultus- und Unterrichtszwecke von den Staaten in ihren Haushalten gewährten Beträge.

Dieses Selbstverständnis der Alt-Katholischen Kirche hatte und hat natürlich auch weitgehende Folgen für die Beziehung unserer Kirche zum einen zur Römisch-Katholischen Kirche und zum anderen zum Staat. Auf das letztere möchte ich nun näher eingehen.

3. Das Verhältnis zum preußischen Staat

3.1 Anerkennung des alt-katholischen Bischofs

Zur wichtigsten äußeren Aufgabe des neuen Bistums gehörte nun eine gesetzliche Regelung des Verhältnisses zum Staat. Und dieses geschah trotz gegenteiliger Erwartungen – es ist die Zeit des Kulturkampfes – dennoch nicht ohne Schwierigkeiten.

Die Alt-Katholiken mussten sich die staatliche Anerkennung und die daraus ihnen zufließenden Rechte in mühsamer Kleinarbeit erst erkämpfen. Eine herausragende, ja entscheidende Rolle spielte dabei der schon oben erwähnte Johann Friedrich von Schulte, ein Professor der Prager Universität. Er war einer der Väter der alt-katholischen Bewegung und der bedeutendste katholische Kirchenrechtslehrer des 19. Jahrhunderts, ein Laie.

Geboren in Winterberg in Westfalen lehrte er ab 1854 als Professor des Kirchenrechts und der Deutschen Rechtsgeschichte an der Universität Prag und von 1873 bis 1906 an der Universität Bonn. Seine Ämter und Ehrenämter sind zahlreich: Fürstbischöflicher Konsistorialrat bei Kardinal Schwarzenberg in Prag, Geheimer Justizrat, Reichstagsabgeordneter, Mitglied der Wiener Akademie der Wissenschaften; zweiter Vorsitzender der alt-katholischen Synodalvertretung in Deutschland von deren Konstituierung 1873 bis 1906, Präsident aller zehn Alt-Katholiken-Kongresse von 1871 bis 1890.

Schulte arbeitete nach dem I. Vatikanum die grundlegenden kirchenrechtlichen Vorlagen für die Organisation der alt-katholischen Kirche aus und verfasste die im wesentlichen noch heute gültige „Synodal und Gemeindeordnung“ (1874); die Verfassung und das Kirchenrecht der alt-katholischen Kirche.¹²

In seiner Argumentation sowohl intern wie auch nach außen hin, wies v. Schulte immer wieder darauf hin, dass die Alt-Katholiken diejenigen Katholiken seien, die die Katholische Kirche vertreten wie sie vor der Verkündigung der Papstdogmen war. Es sei deshalb nur logisch und rich-

¹² Vgl. Kirche für Christen heute: eine Information über die Alt-Katholische Kirche, Berlin 1994, S. 133 f.

tig, dass die Alt-Katholiken als Katholiken alle ihre Rechte weiterhin behalten müssten.

Diese Strategie verfolgend, entwarf v. Schulte nach der Wahl des ersten Bischofs am 4. Juni 1873 eine Eingabe an die Preußische Regierung, die von der Synodalrepräsentanz beschlossen und am 29. Juni 1873 abgesandt wurde. Dort lesen wir u.a.: „Hohes Königliches Staatsministerium! Die am 18. Juli 1870 von Pius IX: verkündigte Bulle *Pastor aeternus*, ..., hat eine fundamentale Veränderung der kirchlichen Verfassung zur notwendigen Folge gehabt, wie dies von der hohen Regierung bereits ... am 3. Januar 1873 ... anerkannt worden ist. Die hohe Regierung gibt in diesen Motiven selbst die „*Berechtigung der Erörterung*“ zu, „*ob die römisch-katholische Kirche in ihrer jetzigen Gestaltung und Entwicklung noch ferner grundsätzlich für diejenige katholische Kirche zu erachten sei, deren Beziehungen zum Staate, insbesondere auch in Bezug auf die Dotationsfrage, früher Regelung erfahren haben,*“ „Damit hat die hohe Regierung offenbar anerkannt, dass alle jene Katholiken, welche die vaticanischen Dogmen feierlich verwerfen und an dem Rechte, der Lehre und der Verfassung der vom Staate anerkannten katholischen Kirche festhalten, in der katholischen Kirche stehen, und folglich beanspruchen können, als Katholiken betrachtet und aller jener Rechte teilhaftig zu werden, welche für die Mitglieder der vom Staate anerkannten Katholischen Kirche bezüglich des Kultus, der Sakramente, des Kirchenvermögens, kurz nach allen Richtungen hin bestehen.“¹³

Darauf folgt eine mehrseitige detaillierte Begründung der alt-katholischen Standpunkte und ihre biblische, historische und rechtliche Untermauerung.

Dies war zwar nicht die erste und auch nicht die letzte Eingabe an die preußische Regierung aber mit Sicherheit die wichtigste.

Schon nach dem Kölner Alt-Katholiken-Kongress hat v. Schulte am 29. November 1872 an das Staatsministerium ein Promemoria gerichtet. Bereits darin wird, unter dem Hinweis auf die Kölner-Beschlüsse, verlangt, als katholische Kirche anerkannt zu werden. Weitere Eingaben wurden in Zusammenhang mit der Wahl des Bischofs gemacht. So z.B.: am 9. Mai 1873 richtet v. Schulte eine gleichlautende Eingabe an den Reichskanzler Bismarck, den Kultusminister Falk und die Regierungspräsidenten, in der er die Bischofswahl anzeigt und ihre rechtliche Grundlage erläutert und begründet.

Mit einem Schreiben vom 15. Mai 1873 teilt ihm Bismarck daraufhin

¹³ v. Schulte. Johann Friedrich: Der Alt-Katholizismus, S. 386 f.

mit, „dass er gegen die Wahl keine Einwände zu machen habe“. Am 1. Juni 1873 zeigte v. Schulte als 2. Vors. der Synodalrepräsentanz die am 4. Juni 1873 erfolgte Wahl des Breslauer Universitätsprofessors Dr. Joseph Hubertus Reinkens zum ersten Bischof der Alt-Katholiken des Deutschen Reiches Bismarck und den Ministern Roon und Falk an und bat zugleich, die Sache in Angriff zu nehmen, damit nach der Konsekration die Anerkennung sofort erfolgen könne.

Auch die Konsekration des Bischofs am 11. August 1873 in Rotterdam wurde unter der Beilage des beglaubigten Dokuments über die erfolgte Bischofsweihe dem Kultusminister angezeigt.

Darauf folgte am 3. September 1873 ein Schreiben aus dem Kultusministerium unterschrieben von Geh. Rat Hübler mit dem Wortlaut: „Anbei der Entwurf einer Eidesformel mit der Bitte, mich gefälligst umgehend in den Besitz einer von dem Herrn Bischof Dr. Reinkens schriftlich abzugebenden (vertraulichen) Erklärung setzen zu wollen: dass er bereit sei, eventuell den Homagialeid in der angegebenen Form zu leisten.“¹⁴ Dies wurde am nächsten Tag sofort getan.

Am 27. September 1873 erging an Bischof Reinkens folgendes Reskript:

„Eure Bischöfliche Hochwürden habe ich bereits telegraphisch davon in Kenntnis gesetzt, dass Ihre landesherrliche Anerkennung als katholischer Bischof erfolgt ist, dieselbe aber erst durch die Aushändigung der Allerhöchstvollzogenen Anerkennungs-Urkunde vom 19. d. M[ona]ts nach erfolgter Vereidigung wirksam werden kann.

Die Königliche Staats-Regierung legt Werth darauf, dass die Vereidigung und die Uebergabe der Anerkennungs-Urkunde im engsten Anschluss an das Verfahren erfolge, welches bei der Beeidigung der katholischen Bischöfe in Preussen beobachtet ist. Danach hat der Bischof ... Unmittelbar nach dem die Eidesleistung erfolgt die Uebergabe der Anerkennungs-Urkunde und wird über den Akt, zu dem sowohl Seitens der Staatsbehörde als auch Seitens des zu beeidigenden Bischofs Solennitätszeugen gestellt zu werden pflegen, ein von allen Anwesenden zu vollziehendes Protokoll aufgenommen ...

Bei der besonderen Bedeutung des vorliegenden Falles wünsche ich selbst den Eid von Ihnen entgegen zu nehmen, wiewohl es sonst die Regel ist, dass der Königliche Oberpräsident der Provinz, in welcher der betreffende Bischof seinen Sitz hat, mit der Eidesabnahme betraut wird. Eure Bischöfliche Hochwürden ersuche ich daher, Sich, sobald es Ihnen genehm

¹⁴ Ebd., S. 402.

ist, hierher zu begeben ... Den Tag Ihrer Ankunft wollen Sie mir gefälligst mittheilen.

gez. Falk¹⁵

Bischof Reinkens zeigte mit Schreiben vom 1. Okt. 1873 dem Minister Falk an, er werde am 6. Oktober in Berlin eintreffen. Die Eidesleistung fand am 7. Oktober 1873 um 1.00 Uhr im Sitzungssaal des Kultusministeriums statt.

Die Anerkennungs-Urkunde hatte folgenden Wortlaut:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc. thun und fügen hiermit zu wissen, dass Wir den ordentlichen Professor in der katholisch-theologischen Fakultät der Universität zu Breslau, Dr. Joseph Hubert Reinkens, auf Grund der am 4. Juni dieses Jahres in Köln stattgefundenen Bischofswahl und der ihm am 11. August dieses Jahres in Rotterdam durch den Bischof von Deventer erteilten Konsekration als katholischen Bischof hiermit und in Kraft dieses anerkennen.

Dessen zu Urkunde haben Wir gegenwärtige Anerkennungs-Urkunde Höchsteigenhändig vollzogen und mit Unserem Königlichen Insiegel besiegeln lassen.

So gegeben Berlin, den 19. September 1873.

gez. Wilhelm. ggez. Falk.¹⁶

Mit dieser Urkunde wurde der erste Bischof der Alt-Katholiken in Deutschland in allen Rechten und Pflichten den anderen Katholischen Bischöfen gleichgestellt. Damit wurde der Grundstein für die weitere Gleichstellung der Alt-Katholiken mit den Rom-Katholiken gelegt.

3.2 Der Kampf um das Behalten der bisherigen Rechte

Die Anerkennung des alt-katholischen Bischofs als eines katholischen Bischofs und seine Gleichstellung mit allen anderen katholischen Bischöfen war ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Bemühungen um die Bestätigung der bisherigen Rechte der Alt-Katholiken als Katholiken.

Es ging hier vor allem um das Recht der Mitbenutzung der bisherigen Gottesdiensträume und der Friedhöfe, um die Erteilung des Religionsunterrichts und um eine entsprechende Beteiligung an den Kirchensteuern, Vermögen, Benefizien und Pfründen der Katholischen Kirche. All diese bisherigen Rechte wurden den Gegnern der neuen Glaubensartikel seitens

¹⁵ Ebd., S. 403.

¹⁶ Ebd., S. 405.

der Rom-Treuen verwehrt.

Dabei ging es in diesen Bestrebungen stets nur darum – wie v. Schulte bemerkt – „die Alt-Katholiken in ihrer Stellung als Katholiken zu schützen und ihnen zur Erreichung der ihnen zukommenden, von den Römischen ihnen versagten Rechte zu verhelfen.“ Mit anderen Worten, es ging nicht darum, neue Rechte für die Alt-Katholiken zu konstituieren, sondern Ihnen die Ausübung der bisherigen Rechte zu garantieren.

3.2.1 Der Religionsunterricht

Der Religionsunterricht war obligatorisch für alle Schüler. Das führte nach 1870 an vielen Schulen zu Konfliktsituationen. Da es unter den Religionslehrern überproportional viele Gegner der Papstdogmen gab, weigerten sich diese, die entsprechende neue Lehre zu unterrichten. Das wiederum führte zu Konflikten mit den Diözesan-Bischöfen. Um dem abzuwehren erließ Minister Falk am 29. Februar 1872 einen Erlaß, der es erlaubte, vom Religionsunterricht in der Schule zu dispensieren, wenn gewährleistet war, dass dieser außerschulisch durch autorisierte Personen erteilt werden konnte. Diese Regelung kam beiden Seiten zugute: den Alt-Katholiken wie auch den romtreuen Katholiken.

3.2.2 Die Kirchensteuer

Auch wenn die Gegner der Papstdogmen exkommuniziert wurden, scheute man sich nicht, sie weiterhin in die Kirchensteuer-Hebelisten aufzunehmen und sie so zur Entrichtung der Kirchensteuer zu zwingen, obwohl man ihnen andererseits sämtliche seelsorgerliche Dienste einschließlich der Sakramentenspendung und der Beerdigung und auch die Benutzung der Gemeinderäume verweigerte.

Gegen diese Praxis reichte Appellationsrat Dr. Petri für die Alt-Katholiken im Juli und Dezember 1871 eine Beschwerde bei der Regierung ein. Am 14. Dezember verfügte Minister von Mühler, dass die Steuern im Verwaltungswege von denjenigen nicht beizutreiben seien, welche exkommuniziert seien. Am 12. Februar des folgenden Jahres wurde dieser Regierungserlass von Minister Falk bekräftigt und präzisiert.¹⁷ Die Alt-Katholiken wurden somit von der Pflicht befreit, Kirchensteuer an die romtreuen Gemeinden zu entrichten. Sie durften es fortan an die eigenen Gemeinden oder Vereine tun.

3.2.3 Die (Mit)Benutzung von Kirchen

Es gelang den Alt-Katholiken nur in einigen wenigen Fällen die Benutzung katholischer Kirchen zu erreichen. Im Herbst 1872 reichte v. Schulte, auf Anregung des Ministers Falk, einen Gesetzesentwurf, der die Benutzung der Gotteshäuser durch die Alt-Katholiken und ihre Beteiligung am Benefizialgut und sonstigen Vermögen der katholischen Gemeinden regeln sollte. Es war ein sehr ausgewogener Entwurf. Verkürzend kann man sagen, dass er eine Beteiligung proportional zu den faktischen Verhältnissen bei den Gläubigen vorsah.

Der Entwurf sah des Weiteren vor, dass die Alt-Katholiken insbesondere dort den Zutritt zu den katholischen Kirchen erhalten, wo die Kirchen Eigentum des Staates waren (z.B. Gymnasial-, Garnison- und Anstaltskirchen).

Bei einer daraufhin stattfindenden Unterredung des Ministers Falk mit Dr. Petri, machte der Minister jedoch einen Rückzieher, mit der Begründung, dass dies den Fortbestand der dazu gehörenden Bildungsanstalten gefährden würde. Eine gesetzliche Regelung der Vermögensfragen scheiterte also zu diesem Zeitpunkt zunächst einmal.

3.2.4 Die Errichtung von Parochien

Auf ein Schreiben des Bischofs Reinkens vom 1. Dez. 1873 betreffs der Errichtung alt-katholischer Pfarreien, antwortete Minister Falk mit einer Zuschrift vom 19. Jan. 1874. Darin heißt es u.a.:

„Mit den von Eurer Hochwürden wegen Errichtung von alt-katholischen Pfarreien vertretenen Auffassung bin ich im wesentlichen einverstanden. Was zunächst den Rechtspunkt anlangt, so muss davon ausgegangen werden:

1. dass die Alt-Katholiken keine neue Religionsgesellschaft mit einem neuen Glaubensbekenntnis bilden, sondern ungeachtet ihres Widerspruchs gegen das Unfehlbarkeitsdogma in der katholischen Kirche verblieben sind;

2. dass die rechtlichen Beziehungen zwischen dem Bischof Reinkens und denjenigen Alt-Katholiken, welche sich seiner Jurisdiktion unterwerfen, ein Diözesan-Verhältnis mit allen daraus fließenden Rechten und Pflichten begründen;

3. dass der Bischof Reinkens in Folge der ihm Allerhöchst erteilten Anerkennung alle diejenigen Gerechtsame erlangt hat, welche den katholischen Landesbischöfen in Gemäßheit der Staatsgesetze zustehen. Hier-

¹⁷ Vgl. ebd., S. 473.

*aus aber folgt, dass die Organisation des altkatholischen Kirchenwesens ohne besondere legislative Regelung schon jetzt in Vollzug gesetzt werden kann.*¹⁸

Diese Zuschrift des Ministers bestätigt noch einmal den Standpunkt der Alt-Katholiken, dass sie weiterhin ein Teil der Katholischen Kirche seien. Leider hat die Praxis gezeigt, dass die praktische Anwendung doch nicht so unproblematisch war, wie es auf den ersten Augenblick aussehen mag.

Die Errichtung von neuen Gemeinden musste zwar nicht dem Minister mitgeteilt werden. Sie bedurfte aber der Abstimmung mit den Unteren Behörden, die leider nicht immer zuvorkommend eingestellt waren und so manche Gründe gegen die Errichtung einer Gemeinde ins Feld führten. Die Bildung neuer Gemeinden konnten diese Schwierigkeiten dennoch auf die Dauer nicht aufhalten.

4. Das preußische Alt-Katholiken-Gesetz und seine Ausführung

Durch die oben geschilderten Regelungen auf dem Weg der Regierungserlasse und -verordnungen wurde zuerst einmal der Fortbestand der alt-katholischen Bewegung und das prinzipielle Recht der Alt-Katholiken sich in eigenen Gemeinden zu organisieren gesichert. Die wichtige Frage der Mitbenutzung der katholischen Kirchen und die Teilhabe am katholischen Vermögen wurde damit aber nicht geregelt. Die von den Verantwortlichen der alt-katholischen Bewegung erhoffte gesetzliche Regelung blieb aus. Alle Bestrebungen den Minister für geistliche Angelegenheiten dazu zu bewegen, einen entsprechenden Gesetzesentwurf dem Landtag vorzulegen, blieben ohne Erfolg. Es wurde immer deutlicher, dass trotz der wiederholten Erklärungen des Ministers für Geistliche Angelegenheiten, Dr. Falk, nicht damit zu rechnen war, dass die Regierung selbst einen Gesetzesentwurf einbringen werde. Als einziger Ausweg bot sich nur die Möglichkeit, einen Gesetzesentwurf aus dem Landtag heraus einzubringen.

Die Aufgabe einen solchen Entwurf vorzubereiten, übernahm Dr. Petri, selbst ein Abgeordneter im Preußischen Landtag. In seinem Entwurf hat er sich an dem Alt-Katholiken-Gesetz, das im Großherzogtum Baden schon ein Jahr zuvor am 15. Juni 1874 verabschiedet wurde, orientiert.

Nach vielen Einwänden seitens der Preußischen Regierung und dadurch erzwungenen Änderungen wurde das Preußische Alt-Katholiken-

¹⁸ Ebd., S. 482.

Gesetz am 4. Juli 1875 verkündet. Das Gesetz umfasste 9 Paragraphen und hatte folgenden Wortlaut:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preussen etc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§. 1. *In denjenigen katholischen Kirchengemeinden, aus welchen eine erhebliche Anzahl von Gemeindemitgliedern einer altkatholischen Gemeinschaft beigetreten ist, wird die Benutzung des kirchlichen Vermögens im Verwaltungswege bis auf weiteres nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geordnet.*

§. 2. *Der altkatholischen Gemeinschaft wird der Mitgebrauch der Kirche und des Kirchhofs eingeräumt. Sind mehrere Kirchen (Kapellen u. s. w.) vorhanden, so kann eine Gebrauchsteilung nach bestimmten Objekten verfügt werden. Die nämliche Gebrauchsteilung findet bezüglich der kirchlichen Gerätschaften statt. Ist der altkatholischen Gemeinschaft die Mehrheit der Gemeindemitglieder beigetreten, so steht der Gemeinschaft der Mitgebrauch der Kirche in den zur Abhaltung des Hauptgottesdienstes herkömmlich bestimmten Stunden, bei mehreren Kirchen der Gebrauch der Hauptkirche zu.*

§. 3. *Tritt ein Pfründeninhaber der altkatholischen Gemeinschaft bei, so bleibt er im Besitz und Genuss der Pfründe. Bei Erledigung der Pfründe wird die selbe im Fall des §. 2. Absatz 3 der altkatholischen Gemeinschaft überwiesen. Sind mehrere Pfründen vorhanden, so kann bei deren Erledigung mit Rücksicht auf das Zahlenverhältnis beider Teile eine Genusssteilung nach bestimmten Pfründen verfügt werden.*

§. 4. *An dem übrigen, zu kirchlichen Zwecken bestimmten Vermögen wird der altkatholischen Gemeinschaft, mit Rücksicht auf das Zahlenverhältnis beider Teile, der Mitgenuss eingeräumt. Umfasst die altkatholische Gemeinschaft die Mehrheit der Gemeindemitglieder und ist die Zahl der übrigen Gemeindemitglieder nicht mehr erheblich, so kann die Einräumung des vollen Genusses an die Gemeinschaft verfügt werden. Gleichzeitig hat in diesem Falle eine Neuwahl des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung stattzufinden.*

§. 5. *Alt-katholische Gemeinschaften im Sinne dieses Gesetzes sind sowohl die zu gottesdienstlichen Zwecken gebildeten altkatholischen Vereine, sofern dieselben von dem Oberpräsidenten als kirchlich organisiert anerkannt worden sind, als auch die altkatholischen Parochien. Die Mitglieder der altkatholischen Parochien bleiben verpflichtet, zu der Unter-*

haltung der Kirche, des Kirchhofs und der sonstigen Vermögensstücke beizutragen, deren Benutzung ihnen nach §§. 2. bis 4. dieses Gesetzes zusteht.

§. 6. Über die Art und den Umfang der den altkatholischen Gemeinschaften nach den §§. 2. bis 5. dieses Gesetzes einzuräumenden Rechte entscheidet der Oberpräsident. Gegen die Entscheidung des Oberpräsidenten steht die Berufung an den Minister der geistlichen Angelegenheiten offen. Die Entscheidungen sind im Verwaltungswege vollstreckbar.

§. 7. In den Eigentumsverhältnissen des kirchlichen Vermögens tritt durch dieses Gesetz keine Änderung ein.

§. 8. Gemeindemitglieder im Sinne dieses Gesetzes sind alle männlichen, volljährigen, selbständigen Katholiken, welche in der katholischen Kirchengemeinde wohnen. Selbständig sind diejenigen, welche einen eigenen Hausstand haben, oder ein öffentliches Amt bekleiden, oder ein eigenes Geschäft, oder als Mitglied einer Familie deren Geschäft führen und weder unter Vormundschaft noch unter Pflegschaft stehen.

§. 9. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Gegeben Bad Ems, den 4. Juli 1875

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. Camphausen. Graf zu Eulenberg. Leonhardt.

Falk v. Kameke. Achenbach. Friedenthal. ¹⁹

Mit diesem Gesetz wurden nun die Alt-Katholiken in Preußen als ein Teil der Katholischen Kirche anerkannt und damit auch in ihren Rechten mit den Rom-Katholiken gleichgestellt. Wie sich jedoch in der späteren Praxis bei der Ausführung des Gesetzes gezeigt hat, war es nur ein halber Sieg. Durch die starke Stellung, die das Gesetz den Oberpräsidenten bei der Anerkennung der sich neu bildenden alt-katholischen Gemeinden zuerkannte, gab es auch nach der Verabschiedung des Alt-Katholiken-Gesetzes noch viele Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung.

Nichtsdestotrotz, aus der Perspektive der Zeit muss man sagen, dass das Preußische Alt-Katholiken-Gesetz ein Meilenstein in der Entwicklung des Alt-Katholizismus in Deutschland war. Es hat Auswirkungen bis auf den heutigen Tag in Bezug auf den Status der Alt-Katholischen Kirche in Deutschland und ihre staatsrechtliche Anerkennung.

Dass das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland und seine Gliederungen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, dass es

¹⁹ Ebd., S. 44 ff.

heute in den meisten Bundesländern die Kirchensteuer im Zuge der Einkommens- und Lohnsteuerverfahrens über die Finanzämter erhebt, dass in einigen Bundesländern alt-katholischer Religionsunterricht in den Schulen erteilt wird, dass die Alt-Katholische Kirche zwar nicht große aber dennoch Dotationen des Staates als Folge der Säkularisation der katholischen Besitzungen Anfang des 19. Jh. und des Reichdeputationsgesetzes erhält; all das sind praktische Folgen der Alt-Katholiken Gesetze des 19. Jahrhunderts.

5. Der Kulturkampf

Der Begriff „Kulturkampf“ stammt – wie allgemein bekannt – aus einem Wahlauftritt Rudolf Virchows für die Fortschrittspartei. Er bezeichnete die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und der Römisch-Katholischen Kirche im Deutschen Reich, insbesondere aber in Preußen in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Er wurde ausgelöst durch die zentralistischen Bestrebungen der Katholischen Kirche gegen die freiheitlich-liberalen Kräfte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Diese restaurativen Tendenzen in der Katholischen Kirche erreichten ihren Höhepunkt im Erlass des „Syllabus errorum“ 1864 durch Papst Pius IX. und der Verkündigung der beiden Papstdogmen auf dem I. Vatikanischen Konzil 1870.

Im gewissen Sinn waren es also die gleichen Gründe, die dem sogenannten Kulturkampf zu Grunde lagen, wie auch die, die zum alt-katholischen Widerstand, zum Entstehen einer eigenen alt-katholischen Seelsorge und schließlich zur Gründung des alt-katholischen Bistums geführt haben.

Bismarck sah in diesem gewachsenen Machtanspruch des Papstes sowohl außen- wie auch innenpolitisch eine Bedrohung für das gerade erst ausgerufene neue Deutsche Reich. Die eingeleiteten Maßnahmen sollten dieser Gefahr vorbeugen; das Verhältnis Kirche und Staat sollte neu geregelt werden. Und nicht zuletzt war es ihr Ziel, „die sich den Beschlüssen des I. Vatikanischen Konzils widersetzenen Katholiken vor Disziplinarmaßnahmen der eigenen Kirche und deren Bischöfen zu schützen.“²⁰

Der Kulturkampf führte also zu einer Neudefinierung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, was in konkreten Fällen nicht immer ohne Zuspitzungen und Härten ablief. Auch nachdem er beendet wurde, blieben einige seiner Maßnahmen in Kraft, so z.B. die Gesetze über Schulaufsicht

²⁰ Bischöfl. Ordinariat Berlin (Hg.): Der Glaube lebt – 50 Jahre Bistum Berlin, Leipzig 1980, S. 31.

des Staates, Kirchenaustritt, Zivilehe und die Staatsaufsicht über die Vermögensverwaltung der kirchlichen Gemeinden. Aus alt-katholischer Sicht waren die sogenannten „Alt-Katholiken Gesetze“ – wie schon oben dargelegt – von sehr großer Bedeutung.

Zusammenfassend muss man sagen, die alt-katholische Bewegung war weder Initiatorin noch Ergebnis des Kulturkampfes. Der alt-katholische Widerstand begann schon zwei Jahre vor den ersten Kulturkampfgesetzen. Und die Alt-Katholiken haben an keiner Stelle dazu aufgerufen, gegen die romtreue Katholische Kirche mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Es ging ihnen einzig und allein um die Wahrung ihrer eigenen bisherigen Rechte.

Deshalb muss man der Meinung einiger römisch-katholischer Historiker, erst der Kulturkampf hat die Entstehung des Alt-Katholizismus ermöglicht, entschieden widersprechen.

Aus der Perspektive der Zeit kann man sogar sagen, der Kulturkampf hat den Alt-Katholiken nicht nur nicht geholfen, im Gegenteil, er war zum Teil kontraproduktiv. Da die Katholiken sich angegriffen fühlten, scheuten sie auch vor jeglicher Kritik nach innen. Die Reihen wurden geschlossen.

Dazu schreibt Prof. Michelis – einer der Väter der alt-katholischen Bewegung – im „Deutschen Merkur“ 1881: „Die nächste gute Folge des beendigten Kulturkampfes in Preußen aber wird für uns sein, dass nunmehr gründlich der Lüge der Mund gestopft ist, als ob der Altkatholizismus eine Kreatur Bismarcks wäre.“²¹

Und auch der erste alt-katholische Bischof Joseph Hubertus Reinkens, der zu Beginn die Maßnahmen des Kulturkampfes rechtfertigte, vertrat später die Meinung, dass der Kulturkampf die alt-katholische Bewegung an der weiteren Entwicklung und Ausbreitung eher gehindert hat, als dass er sie begünstigt hätte.²²

6. Der Alt-Katholizismus vor Ort – Beispiel Berlin

6.1 Der Kampf um die Rechte in der Katholischen Kirche

Wie vielerorts regte sich auch in Berlin seitens kritischer Katholiken Widerstand gegen die vom I. Vatikanischen Konzil beschlossenen neuen Dogmen der päpstlichen Unfehlbarkeit und des Jurisdiktionsprimates. Der

²¹ Der Katholik – Schweizerisches Organ für kirchlichen Fortschritt, Nr. 38, 17. Sept. 1881, S. 304.

²² Vgl. Kury, Urs: Die Alt-Katholische Kirche, S. 77.

in München erscheinende „Deutsche Merkur“, Nr. 8 vom 21. Februar 1874 berichtet über die erste alt-katholische Versammlung in Berlin, die am 11. Februar des gleichen Jahres stattfand: „Heute abend hat hierselbst die erste Alt-Katholiken-Versammlung stattgefunden. Drei Männer aus dem Handwerkstande hatten sich an Herrn Appellationsgerichtsrat Dr. Petri, der als Abgeordneter in Berlin weilt, mit der Bitte gewandt, ihnen behilflich zu sein. Die Besprechungen führten zu einer Bekanntmachung in den Zeitungen, wodurch eine Versammlung ausgeschrieben wurde, die in einem sehr entlegenen Teile der Stadt ... stattfand und wohl schon deshalb nicht sehr zahlreich sein konnte. Gleichwohl fanden sich abends 7 Uhr zwischen 60 und 70 Männer, meist aus dem Handwerkstand und durchgehend in reiferen Jahren, ... ein, als Gäste Dr. Petri, v. Schulte und Referendar Eilender aus Köln nebst einem Oesterreicher. Nachdem ein Professor Vieweger aus Berlin den Vorsitz übernommen, entwickelten Petri und Schulte die Ziele und bisherigen Erfolge der alt-katholischen Bewegung und rieten, zunächst einen Alt-Katholikenverein zu begründen, sich mit dem Herrn Bischof Reinkens in Verbindung zu setzen, einen Geschäftsausschuß zu wählen und unter den Bekannten die Sache weiter zu verbreiten, um dann auf einer zweiten Versammlung zu festerer Organisation zu gelangen. In diesem Sinne wurde auch von der Versammlung beschlossen, ein Komitee von fünf Personen erwählt und ihm die weiteren Schritte überlassen. Bevor es zu diesem Resultate kam, expektorierte sich ein offenbarer Sendling des Geistlichen Rates Müller in den gewöhnlichen Phrasen von dem Nichtändern des Glaubens der Väter, dem Entzweien der Katholiken und dergleichen mehr. Er wurde aber von mehreren Männern vorgerückten Alters bündig zurechtgewiesen, indem der Eine ihm begreiflich machte, dass gerade die Alt-Katholiken an dem Glauben der Väter hielten, der Andere in drastischer Art auseinandersetzte, wie er überzeugt sei, sein Vater im Grabe werde sich freuen, einen Jungen zu haben, der das gutzumachen bemüht sei, was die Altvorderen versäumt hätten. So blieb denn diese ultramontane Mission ohne Erfolg, die Versammlung schied in vollster Harmonie mit dem Beschlusse, Sonntag, den 22. d. M. zur Abendstunde an einem besser gelegenen Orte aufs Neue zusammenzukommen und dazu alle einzuladen, welche einer zu bildenden alt-katholischen Gemeinde beitreten wollen.“²³

Es war gerade in Berlin keine leichte Aufgabe, eine alt-katholische Gemeinde zu gründen. Die Männer und Frauen der ersten Stunde haben so manche Hindernisse und Widrigkeit überwinden müssen.

²³ Alt-Katholisches Volksblatt, Nr. 12 vom 9. Mai 1924, S. 91.

Der Katholizismus, der in Berlin erst wieder im 18. Jahrhundert Fuß gefasst hat, hat aufgrund seiner geschichtlichen Entwicklung, eine gewisse Wagenburgmentalität entwickelt. Jeder Versuch, auch einer sachlichen Kritik von innen her, wurde sofort als Schwächung bei der Abwehr einer wahren oder auch vermeintlichen Bedrohung von außen gewertet. Die es dennoch wagten, wurden mit dem Stigma des Verrats versehen und entsprechenden „Kampagnen“ der „Rechtgläubigen“ ausgesetzt.

Ein Beispiel dieser Schwierigkeiten schildert Ernst Thrasold, ein römisch-katholischer Priester und Schriftsteller, in seiner Biographie von Eduard Müller, eines besonderen „Eiferers“ im Kampf gegen die Alt-Katholiken. Er schreibt: „In der Zeit nach dem (I.) Vatikanischen Konzil mit ihren Kämpfen um die Unfehlbarkeit des Papstes und dem Ansturm des Alt-Katholizismus bewährte sich Eduard Müllers Führerschaft und die Schlagfertigkeit (!) seiner Gefolgschaft, ...“²⁴

Mit entsprechendem Eifer und keine Mittel scheuend ging man gegen die Versuche der Alt-Katholiken sich zu organisieren, vor. Als Prof. Weber aus Breslau am 22. Februar 1874 kam, um bei der Gründung eines Vereins zu helfen, „wies Müller“ – so Thrasold in seiner Biographie – „seine Gesellen an die Arbeit.“ Und Thrasold schreibt weiter: „Am Sonntag, dem 22. Februar 1874, stand in verschiedenen Zeitungen ein Aufruf an alle Katholiken, welche nicht Knechte Roms und des Papstes sein wollen mit der Einladung zu einer Besprechung am selben Nachmittag, 2 Uhr, im Bürgersaal des Berliner Rathauses. Die Müllerknechte traten in Funktion. ... Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal zum Erdrücken gefüllt – fast nur mit Müllerknechten. Professor Weber konnte sich kaum den Weg zum Vorstandstisch bahnen.“²⁵ Durch „laute Rufe“ der Anhänger Müllers und das Verlangen nach der Erfüllung immer anderer Formalien, die in der Folge zu tumultartigen Auseinandersetzungen führten, wurde die Versammlung „gesprengt“. Der „Deutsche Merkur“ schreibt zu diesen Vorkommnissen, die Krawalle haben solch ein Ausmaß erreicht, dass die Polizei einschreiten musste.²⁶ Ernst Thrasold resümiert verharmlosend: „In diesem und ähnlichem, etwas an Radau grenzenden Stil wurden auch in anderen Lokalen ähnliche Versammlungen sabotiert oder konvertiert.“²⁷

²⁴ Thrasold, Ernst: Eduard Müller – Der Berliner Missionar, Berlin 1953, S. 181.

²⁵ Ebd.

²⁶ Vgl. Alt-Katholisches Volksblatt, Nr. 12 vom 9. Mai 1924, S. 92.

²⁷ Thrasold, Ernst: Eduard Müller, S. 182.

Der Versuch der Alt-Katholiken, sich formell zu organisieren, wurde mit Gewalt verhindert. Dass der Kampf Müllers und seiner „Knechte“ gegen die Alt-Katholiken nicht auf sachlich-argumentativer Ebene geführt wurde, darauf weist Thrasold indirekt hin, indem er schreibt: „In Eduard Müller und in seinem Führertum war viel Agitatorisches und Aggressives ...“²⁸

Über die Gesinnung der Berliner Alt-Katholiken der ersten Stunde schreibt Dr. Franz Buchta, der dritte Pfarrer der Berliner Gemeinde, in einem Aufsatz für die Gemeindezeitung der Ev.Gemeinde Alt-Schöneberg: „Nur der unerschütterliche Glaube an die Richtigkeit ihrer Einstellung und die geistliche Notlage, in der sie sich infolge der Exkommunikation befanden, hat den Alt-Katholiken den Mut und die Kraft gegeben, an die Sammlung von Gesinnungsgenossen unter den 50.000 über ganz Berlin verstreuten Katholiken heranzugehen und sie trotz der häßlichsten Schikanen von Seiten ihrer bisherigen Glaubensgenossen durchzustehen.“²⁹

6.2 Die Vereinsgründung

Dass sich dennoch am 28. Februar 1874 vierzig katholische Männer zu einem „Alt-Katholikenverein für Berlin und Umgebung“ zusammenschließen konnten, war im Hinblick auf die damaligen Berliner Verhältnisse eine mutige und anerkennenswerte Leistung. Der „Deutsche Merkur“ berichtet: „Dieser (Verein) stellt sich zur Aufgabe die jesuitischen Tendenzen in der katholischen Kirche mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen und die Bildung einer mit Bischof Reinkens in Gemeinschaft stehenden alt-katholischen Gemeinde in Berlin zu bewerkstelligen. ... In den Vorstand wurden gewählt die Herren Professor Vieweger (Vereinsleiter), Dr. Roskoschny (Schriftführer), Kalkulator im statistischen Büro Kreuzer (Rendant), Tischlermeister Teichert und Landgerichtsreferendar Kotze. Zum Schluss wurde eine Adresse an den Bischof Reinkens unterzeichnet.“³⁰

Schon auf der ersten Generalversammlung des Alt-Katholikenvereins am 28. März 1874 konnte der Vorsitzende bekanntgeben, dass die sich bildende alt-katholische Gemeinde bereits 123 eingeschriebene Mitglieder

²⁸ Ebd.

²⁹ Buchta Dr. Franz: Die Alt-Katholische Gemeinde Berlin, in Paul-Gerhardt-Gemeindeblatt Nr. 2, Berlin 1967, S. 4.

³⁰ Alt-Katholisches Volksblatt, Nr. 12 vom 9. Mai 1924, S. 92.

(sprich Männer) zählte.

Fünf Tage später, am 2. April beauftragte Bischof Reinkens den Pfarrer der alt-katholischen Gemeinde Breslau Strucksberg mit der Betreuung der Berliner Alt-Katholiken. Schon am 13. April fand durch ihn die erste alt-katholische Taufe in Berlin statt. Zur Erinnerung an diese wurde eine Medaille in Bronze und in Silber geprägt. Der Avers stellte die Taufe Jesu mit der Rundschrift: „Du sollst im Geiste taufen“, der Revers die Widmung dar. Im September des gleichen Jahres taufte Prof. Weber weitere drei Kinder in der Methodisten-Kapelle, die den Alt-Katholiken „bereitwillig zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt wurde.“³¹

Welch ein hohes Maß an Toleranz die Alt-Katholiken Berlins sich trotz aller Anfeindungen und Angriffe bewahrt haben, davon zeugt der folgende Vorfall nach einem Vortrag von Prof. Weber. Der „Deutsche Merkur“ berichtet darüber: „Lang anhaltender Beifall folgte seinen letzten Worten, und nach einigem Zögern bestieg nun auf die Aufforderung des Vorsitzenden ein Ultramontaner, ein Handwerker die Tribüne. Der Bitte des Vorsitzenden gemäß folgte die Versammlung ohne das geringste Zeichen des Mißfallens den Ausführungen des ultramontanen Wortführers und überließ es dem Herrn Professor Weber, der Gesinnung der Anwesenden Ausdruck zu geben, der denn auch seinen Gegner Punkt für Punkt mit leichter Mühe gründlich widerlegte. Unter lauten Beifallsbezeugungen gingen hierauf die Anwesenden ruhig auseinander.“³²

Da die antialt-katholischen Aktionen Eduard Müllers – „Nur über meine Leiche sollen sie in diese Kirche kommen“³³ – verhinderten, dass die Alt-Katholiken die St. Hedwigskirche mitbenutzen durften, war die alt-katholische Gemeinde in Berlin hinsichtlich ihrer Gottesdienste auf die Bereitschaft anderer Kirchen, ihr in ihren Gotteshäusern Gastrecht zu gewähren, angewiesen.

Der Berliner Dom am Gendarmenmarkt wurde zur ersten Gottesdienststätte der Berliner Alt-Katholiken. Im November 1874 hatte der Kirchenvorstand der evangelischen „Neuen Kirche“ am Gendarmenmarkt mit Zustimmung des Berliner Magistrats die Mitbenutzung der Kirche den Alt-Katholiken eingeräumt. Dieses ökumenische Entgegenkommen hat das Parteiorgan des Zentrums zum Anlass genommen, beide Gemeinden häßlich anzugreifen.

Den ersten Gottesdienst in der nun zur Verfügung stehenden Kirche

³¹ Evangelischer Botschafter, Nr. 10, Stuttgart 1874, S. 88.

³² Alt-Katholisches Volksblatt, S. 92.

³³ Trasold, Ernst, S. 181.

hielt am 29. November 1874 Prof. Dr. Weber. Auch über dieses wichtige Ereignis im Leben der jungen Gemeinde berichtet der „Deutsche Merkur“: „Die opferwillige kleine Gemeinde hatte für die nötigen Paramente und Gerätschaften sowie eine einfach würdige Ausschmückung des Altares gesorgt, während der Messe sang abwechselnd die Gemeinde und ein wohlgeübter Chor. Obgleich die Stunde (8 Uhr) für Berlin eine außerordentlich frühe war und manche mehr als eine halbe Stunde zu wandern hatten, waren doch über 250 Personen zugegen, und ihre Gebetbücher sowie Haltung bewiesen, dass sie nicht, wie die „Germania“ natürlich vermutet, überwiegend aus Neugiers erschienen waren.“³⁴

6.3 Die Seelsorge der ersten Jahre

Die kleine alt-katholische Gemeinde hat sich in Berlin unter schwierigen Bedingungen konstituiert. Sie war von Anfang an eine Extremdiasporagemeinde; entsprechend schwierig war es auch, ihre seelsorgerliche Betreuung zu organisieren. Unter den exkommunizierten Gegnern der vatikanischen Beschlüsse befand sich in Berlin kein Geistlicher. Wirksame Hilfen erhielten die Berliner Alt-Katholiken durch einige führende alt-katholische Persönlichkeiten aus anderen Teilen des Reiches, die sich als Abgeordnete oder in anderen Missionen zeitweilig in Berlin aufhielten. Zu den bekanntesten gehörten: der berühmte Kirchenrechtler Prof. Johann Friedrich von Schulte, Prof. Michelis, der Appellationsgerichtsrat Dr. Petri, der Referendar Eilender, und der schon oben mehrmals erwähnte Prof. Dr. Weber, der spätere zweite Bischof der Alt-Katholiken in Deutschland.

Sie haben die Verbindung mit dem ersten Bischof der Alt-Katholiken des Deutschen Reiches in Bonn Prof. Dr. Reinkens und der nächstliegenden alt-katholischen Nachbargemeinde in Breslau hergestellt und so eine, wenn auch vorerst unvollkommene, seelsorgerliche Betreuung ermöglicht.

Die Berliner Gemeinde musste sich von Anfang an nicht nur gegen die äußerst aggressiven Angriffe ihrer Gegner wehren, sie musste auch mit der räumlichen Distanz zu anderen alt-katholischen Gemeinden fertig werden. Ein Umstand, der schon deshalb von großer Bedeutung und Tragweite war, als die Gemeinde in den ersten 16 Jahren ihrer Existenz ohne einen eigenen Seelsorger auskommen musste. In dieser pfarrerlosen Zeit wurde die Seelsorge von sporadisch oder zeitweise in Berlin weilenden Geistlichen wahrgenommen, oder aushilfsweise von Bonn und Bres-

³⁴ Alt-Katholisches Volksblatt: S. 93.

lau aus.

Die Gemeinde hat diese Zeit gut überstanden. Ja, sie hat sich weiterentwickelt und ist gewachsen. Die Statistik für das Jahr 1880 gab für die Berliner Gemeinde 350 Mitglieder an. Diese gute Entwicklung verdankte die Gemeinde einer Reihe von engagierten Laien.

6.4 Die Gründung der Parochie und ihre staatsrechtliche Anerkennung

Ein wichtiges Ereignis in der Entwicklung zu einer staatsrechtlich anerkannten Parochie war die Ernennung von Pfarrer Anton Ledwina zum ständigen Seelsorger in Berlin.

Zur Stärkung des Gemeindelebens trugen auch die Besuche des ersten Bischofs der Alt-Katholiken in Deutschland Dr. Joseph Hubert Reinkens bei. Er weilte zweimal in Berlin 1887 im Rahmen einer Reise in den östlichen Teil des Deutschen Reiches nach Schlesien 1892, um das Sakrament der Firmung zu spenden.

Die staatliche Anerkennung als selbständige alt-katholische Parochie Berlin erhielt die Gemeinde im Februar 1894. Diese erfolgte durch eine Urkunde von Bischof Reinkens vom 16. Februar und die des Polizeipräsidenten vom 22. Februar 1894 nach vorheriger Genehmigung durch den Preußischen Minister der geistlichen Angelegenheiten. Die neu errichtete Alt-Katholische Gemeinde Berlin umfaßte den Stadtkreis Berlin. Juristische Grundlage für die Errichtung der Alt-Katholischen Parochie Berlin war das Preußische Alt-Katholiken Gesetz vom 4. Juli 1875.

Am 27. November 1894 wurde der bisherige Seelsorger der Gemeinde Anton Ledwina zum ersten Pfarrer der Alt-Katholischen Gemeinde Berlin ernannt. Die Gemeindebildung war damit abgeschlossen.